

Bei den wichtigsten politischen Themen ziehen «Shas» und das «Vereinigte Torah-Judentum UTJ» mit den beiden Parteien «Agudat Jisrael» und «Degel HaTorah» am selben Strick. Alle drei verteidigen die rabbinische Autorität, eine autonome haredische Bildung, die öffentliche Finanzierung von Religionsschulen (Jeschiwot) und von religiösen Projekte, die orthodoxe Kontrolle über Ehe und Konvertierung zum Judentum sowie die Befreiung der Jeschiwa-Schüler vom Militärdienst. Sie betrachten diese Positionen als essenziell für die Bewahrung des Torah-Lebens. Ihre Gegner kritisieren, dass «Shas» und «UTJ», die zusammen lediglich rund 14% der israelischen Bevölkerung repräsentieren, für ihre Wählerschaft in einem überproportionalen Ausmass Ressourcen und Ausnahmen beanspruchen, wodurch die anderen Teile der israelischen Gesellschaft unverhältnismässig belastet werden.

Der Einfluss der drei Parteien hat seinen Ursprung in der Gründung des Staates Israel. 1947, als die zionistische Führung bei der UNO die Genehmigung für die Staatsgründung beantragte, wünschte David Ben-Gurion die Mitarbeit von «Agudat Yisrael» und befürchtete, dass innere religiöse Spaltungen die Kampagne für den neuen jüdischen Staat schwächen könnten. Er versicherte der damaligen Parteiführung deshalb, dass der Schabbat der offizielle Ruhetag sein werde, staatliche Institutionen die Koschergesetze einhalten würden, die religiöse Autorität über Ehe und Scheidung erhalten bleibe und religiöse Schulen eine beträchtliche Autonomie behalten würden. Der Kompromiss sollte religiöse und säkulare Juden bei der Geburt des Staates zusammenhalten.

Diese Regelung prägt bis heute das tägliche Leben: Halacha, das jüdische Religionsrecht, regelt wichtige Angelegenheiten des persönlichen Status, Israel hat keine zivile Ehe, und der reguläre öffentliche Nahverkehr steht am Schabbat grösstenteils still. Doch der Status quo war nie statisch. Durch Gesetzgebung, Regierungsentscheidungen und Koalitionsabkommen haben haredische Parteien nicht nur den ursprünglichen Kompromiss verteidigt, sondern die orthodoxe Autorität erheblich ausgeweitet.

Die Befreiung der Haredim vom Militärdienst zeigt, wie weit der ursprüngliche Kompromiss ausgeweitet wurde. 1948 verzögerte Ben-Gurion den Dienst von etwa 400 Jeschiwa-Studenten, aus Angst, dass die im Holocaust stark geschwächte Torah-Gelehrsamkeit sonst ganz verschwinden könnte. Die Regelung beschränkte sich auf eine kleine gelehrte Elite, und Ben-Gurion äusserte später Besorgnis, als die Zahl wuchs und einige Männer hauptsächlich in Jeschiwot eintraten, um der Wehrpflicht zu entgehen.

1977 hob die Regierung von Menachem Begin die numerische Begrenzung der Ausnahmeregelung auf und verwandelte ein ursprünglich enggefasstes Zugeständnis für nur wenige Haredim in eine weitreichende Ausnahme, von der heute Zehntausende von haredischen Männern profitieren. Dieser Umstand empört nicht nur die säkularen Israelis und die religiösen Zionisten, die Militärdienst leisten müssen, sondern er wird auch von der Armeeführung heftig kritisiert. Zumal der Oberste Gerichtshof diese Ausnahmeregelung für die ultrareligiösen Männer für ungesetzlich erklärt hat.

Intern befolgen weder «Shas» noch «UTJ» liberal-demokratische Standards. Kandidaten werden unter rabbinischer Autorität ausgewählt, Frauen werden von ihren Listen ausgeschlossen, und wichtige Entscheidungen werden an nicht gewählte Räte von Oberrabbinern verwiesen.

Sowohl «Shas» als auch «Vereinigtes Torah-Judentum» lehnen die zivile Ehe, die nicht-orthodoxe Bekehrung, die Anerkennung des Reform- und konservativen Judentums sowie pluralistische Gebetsbewegungen an der Klagemauer ab. Sie lehnen auch die offizielle Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen und Pride-Märsche ab. Solche Positionen entfremden viele Juden in der Diaspora, insbesondere in Nordamerika. Haredische Politiker fordern, dass das weltweite Judentum Israel verteidigt, während sie die religiöse Legitimität von Millionen dieser Juden nicht anerkennen. Sie beschreiben dieses Monopol als Bewahrung der jüdischen Einheit, doch oft bewirkt es das Gegenteil. Wirtschaftliche Abhängigkeit verstärkt diese politische Macht. Armut ist in haredischen Familien weit verbreitet, teilweise weil viele Männer nicht in Vollzeit arbeiten und ihre Schulen oft wenig Mathematik, Englisch oder Naturwissenschaften anbieten. Anstatt Reformen voranzutreiben, die die Beschäftigungschancen verbessern würden, schützen Shas und Vereinigtes Torah-Judentum öffentlich finanzierte Institutionen, die dieses System erhalten. Kritiker argumentieren, dass ihre Führungskräfte die Armut aufrechterhalten, um damit die Grundlage für Subventionsforderungen zu erhalten.

Zum Portrait:

[Deri, Goldknopf, Gafni: ultraorthodoxe Minderheitsführer mit übergroßem Einfluss](#)